

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren,

wir werden dem Änderungsantrag der Koalition zu unserem Antrag „Pilotprojekt gemeinsame Jugendsozialarbeit an Schulen“ zustimmen und hoffen, dass das Land Hessen unserem Ansinnen positiv gegenübersteht. In einem zweiten Schritt sollen auch die Städte und Gemeinden in dieses Pilotprojekt eingebunden werden.

Die Jugendsozialarbeit an Schulen, besser gesagt die Schulsozialarbeit, wurde in den letzten Jahren aufgrund neuer außer- und innerschulischer Bedürfnisse und Anforderungen immer wichtiger und weiter ausgebaut. Manche Viertelstellen zu Beginn, bei denen die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter mehr zwischen den Schulen pendelten als mit den Schülerinnen und Schülern arbeiten konnten oder die Treffen jeden Donnerstag im Kreishaus gehören Gottseidank der Vergangenheit an.

Durch die Ausweitung der Personalstellen des Landes Hessen für Jugendsozialarbeit an Schulen, die sog. UBUS-Kräfte (Unterrichtsbegleitende Unterstützung durch sozialpädagogische Fachkräfte), die kommunalen Zuschüsse vor Ort und die fast 1,5 Millionen Euro des Landkreises – auch finanziert von den Städten und Gemeinden durch die Schulumlage – sind seit letztem Jahr deutlich mehr finanzielle Mittel verfügbar.

Daher sollen das Land Hessen, auch wenn bisher eine solche Kooperation vom zuständigen Ministerium nicht vorgesehen war, und der Landkreis Darmstadt-Dieburg im ersten Schritt eine gemeinsame Projektgruppe gründen. Die Städte und Gemeinden sowie die weiteren Träger könnten dann hoffentlich im zweiten Schritt ebenfalls in die Projektgruppe integriert werden. Wir versprechen uns von der besseren gemeinsamen Zusammenarbeit u. a. den Wegfall von Fahrzeiten, eine Vereinheitlichung des pädagogischen Konzeptes, eine bessere

Vernetzung der Sozialarbeit an den Schulen direkt und mit den Kommunen sowie mit dem Jugendamt des Landkreises. Unser Ziel ist auch, dass der Schulleiter als Chef der Schule allen an Schule tätigen Personen weisungsbefugt ist.

Die Leitlinien zur multiprofessionellen Zusammenarbeit an Schulen in der gemeinsamen Bildungsregion Darmstadt & Darmstadt-Dieburg sind daher ein erster guter Schritt. Dieser geht uns aber nicht weit genug, denn wir wollen mehr als nur reine Kooperationsvereinbarungen.

Daher stimmen wir dem Änderungsantrag der Koalition zu, ohne aber unsere Intension der Einbeziehung der Städte und Gemeinden sowie der freien Träger aus den Augen zu verlieren. Vielen Dank.